

An die

Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg
Frau Clara Herrmann

Bezirksstadtrat für Jugend, Familie und Gesundheit
Herrn Max Kindler

sowie die Fraktionen und Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg

Berlin, 22.06.2026

Tarifgerechte Bezahlung sichern – Kürzungen bei Angeboten für Familien, Kinder und junge Menschen verhindern

Sehr geehrte Frau Herrmann,
sehr geehrter Herr Kindler,
sehr geehrte Bezirksverordnete,

mit großer Sorge haben wir die Mitteilung des Jugendamtes Friedrichshain-Kreuzberg zur Kenntnis genommen, dass die Mittel zur Refinanzierung der Tarifsteigerung ab April 2026 für die bezirklich geförderten Angebote nach §§ 11, 13 und 16 SGB VIII in diesem Jahr nicht an die Träger weitergegeben werden sollen.

Als Träger von Angeboten der Familienförderung, der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit möchten wir deutlich machen: Die Folgen dieser Entscheidung treffen neben den Trägern insbesondere die Familien, Kinder und junge Menschen in Ihrem Bezirk, denn ohne eine Refinanzierung drohen Kürzungen bei den Angeboten.

Kürzungen treffen Familien, Kinder und junge Menschen

Unsere Angebote leisten einen unverzichtbaren Beitrag zu Prävention, Bildung, Teilhabe und sozialem Zusammenhalt. Sie schaffen Orte der Begegnung, stärken junge Menschen in ihrer Entwicklung und unterstützen Familien im Alltag.

Diese Arbeit ist in hohem Maße personalgebunden. Die Qualität und Verlässlichkeit unserer Angebote beruhen auf qualifizierten Fachkräften und tragfähigen Beziehungen. Werden Tarifsteigerungen nicht refinanziert, bleiben zwangsläufig nur Einschränkungen bei Personal und Angeboten.

Dies kann zu reduzierten Öffnungszeiten, geringeren Angebotskapazitäten, dem Wegfall von Gruppenangeboten sowie zu sinkenden Angebotsstunden führen. Damit würden nicht nur Familien, Kinder und junge Menschen unmittelbar weniger Unterstützung erhalten. Zugleich könnten niedrigere erbrachte Mengen die KLR-Grundlagen der Folgejahre schwächen und damit langfristige Schäden für die soziale Infrastruktur des Bezirks verursachen.

Die Angebote der Familienförderung, Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit wirken präventiv. Sie unterstützen Familien frühzeitig, fördern Teilhabe und verhindern, dass aus Belastungen kostenintensive Krisenlagen entstehen. Kürzungen in diesen Bereichen

führen daher nicht zu Einsparungen, sondern häufig zu höheren Folgekosten in anderen Hilfesystemen.

Tarifgerechte Bezahlung war politisch gewollt

Freie Träger wurden in den vergangenen Jahren von Politik und Verwaltung ausdrücklich dazu angehalten, ihre Beschäftigten tarifgerecht zu vergüten und bestehende Unterschiede zum öffentlichen Dienst abzubauen. Viele Träger haben diese politische Erwartung umgesetzt und ihre Personalstrukturen entsprechend angepasst.

Diese Entwicklung war und ist richtig. Gute soziale Arbeit braucht gute Arbeitsbedingungen. Tarifgerechte Bezahlung ist kein Zusatz, sondern eine Voraussetzung für Fachkräftesicherung und verlässliche Angebote.

Umso unverständlicher ist es, dass die Finanzierung der daraus resultierenden Tarifsteigerungen nun nicht mehr erfolgen soll, da sie bezirklich nicht sichergestellt werden kann. Wer tarifgerechte Bezahlung politisch fordert, muss auch die finanziellen Voraussetzungen schaffen, damit sie dauerhaft umgesetzt werden kann.

Die Träger erfüllen mit ihren Angeboten gesetzliche und politisch gewollte Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe im Auftrag der öffentlichen Hand. Wer diese Aufgaben an freie Träger überträgt, muss auch die finanziellen Voraussetzungen schaffen, damit sie unter fairen und tarifgerechten Arbeitsbedingungen erbracht werden können.

Tarifgerechte Bezahlung und starke Angebote für Familien, Kinder und junge Menschen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die Verantwortung liegt jetzt auf Bezirksebene

Nach unserem Verständnis wurden die Mittel für die Tarifentwicklung im Zuge der Umstellung von der zentralen Tarifmittelvorsorge in die bezirkliche Globalsumme überführt. Die Verantwortung für die Entscheidung, ob die Tarifentwicklung in den Angeboten refinanziert wird und damit die vorhandene Angebotsstruktur für Familien, Kinder und junge Menschen gesichert werden kann, liegt damit nun auf Bezirksebene - es müssen hierfür weiterhin Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dies gilt sowohl für das Jahr 2026 als auch für die kommenden Jahre.

Besonders kritisch bewerten wir zudem, dass die Träger erst im Juni darüber informiert wurden, dass eine Refinanzierung nach aktuellem Stand nicht erfolgen soll, obwohl die Tarifsteigerung bereits seit April wirksam ist. Diese späte Information erschwert eine verlässliche Personal- und Angebotsplanung erheblich.

Die Träger haben ihre Personal- und Angebotsplanung in dem Vertrauen vorgenommen, dass der Bezirk die politisch gewollte tarifgerechte Bezahlung auch künftig in der Praxis umsetzt. Verlässlichkeit und Planungssicherheit sind zentrale Voraussetzungen für eine stabile soziale Infrastruktur. Dieses Vertrauen darf nicht enttäuscht werden.

Unsere Erwartungen

Wir appellieren daher an Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung, die richtigen Prioritäten zu setzen:

- die Refinanzierung der Tarifsteigerung ab April 2026 sicherzustellen (Steigerung um 2,8%),
- die politisch gewollte tarifgerechte Bezahlung dauerhaft sicherzustellen und neben der Tarifsteigerung ab 2027 (weitere 2 %) auch zukünftige Tarifentwicklungen verlässlich zu refinanzieren,
- Kürzungen von Angeboten für Familien, Kinder und junge Menschen zu verhindern.

Tarifgerechte Bezahlung und verlässliche Angebote für Familien, Kinder und Jugendliche sind kein Gegensatz und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beides wurde politisch gewollt – und beides muss finanziell abgesichert werden.

Wir bitten Sie daher, die notwendigen politischen Entscheidungen zu treffen, damit tarifgerechte Bezahlung und verlässliche Angebote für Familien, Kinder und Jugendliche gleichermaßen gesichert werden.

Für einen konstruktiven Dialog stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.

Pestalozzi-Fröbel-Haus

Esther Wolffhardt,
Abteilungsleitung
Sozialpädagogische Praxis



Einhorn gGmbH

i.A. Jochen König,
Bereichsleitung



Jugendwohnen im Kiez- Jugendhilfe gHmbH

Klaus-Peter Dilger,
Geschäftsführung



Nestwärme-Berlin e.V.

Joachim Dörrfeld,
Vorsitzender



Nestwärme - Berlin e.V.

Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V.

Markus Runge,
Geschäftsführer



EJF gemeinnützige AG

Martin Isermeyer,
Geschäftsbereichsleiter Kinder-
und Jugendhilfe



**menschenskinder-
berlin gGmbH**

Manuela Stuhlsatz,
Geschäftsführung



menschenskinder-berlin gGmbH

**Kinder- und
Jugendeinrichtung
Breakout,
Evangelische Aktion
Kreuzberg e.V.**

Jonathan Scheer
Evangelische Aktion Kreuzberg
e.V., Leitung und
Finanzverantwortlicher

KINDER- UND JUGENDEINRICHTUNG
BREAKOUT
Evangelische Aktion Kreuzberg e.V.
Bergmannstraße 22
10961 Berlin
www.breakout-berlin.de

